

aus dem Kantonsrat



Urs Marti
CVP, Zell

In unserem Kanton steht am 15. November der zweite Wahlgang für die beiden Luzerner Ständeratssitze an. Ansonsten gehören jedoch die nationalen Wahlen wieder für vier Jahre

Sparmassnahmen um jeden Preis?

der Vergangenheit an. Im Wahlkampf haben wir viele Versprechen gehört. Es ist zu hoffen, dass sich die Gewählten in Bundesbern daran erinnern werden. Ich denke beispielsweise an die Beteuerungen, die unnötige Bürokratie abzubauen. Unsere Wirtschaft und wir Unternehmer leiden unter den unzähligen «Papiertigern», die nach wie vor von unseren Verwaltungen produziert statt wie versprochen abgebaut werden.

Bei den nationalen Wahlen ist der erwartete Rechtsrutsch eingetreten. Dies verwundert mich nicht. Die

Themen Flüchtlinge und Asylbewerber waren omnipräsent, und die Ängste der Schweizer Bevölkerung vor Überfremdung wurden teilweise bewusst geschürt. Unsere Gesellschaft muss den echten Flüchtlingen helfen und ihnen Schutz bieten, das ist unsere Pflicht. Es kann und darf aber nicht sein, dass unser System ausgenutzt wird. Wie auch immer sich das neue Parlament parteipolitisch zusammensetzt: Eine nachhaltige Flüchtlingspolitik, ohne die christlichen und humanitären Werte über Bord zu werfen, ist dringend gefordert. Ich erwarte von unseren Parlamentarierinnen und Parlamentariern Lösungen.

Von der schweizerischen Politik zur Luzerner Kantonspolitik. Hier stehen gleich mehrere Themen an, die auch für unsere Region sehr wichtig sind. Zu einigen ausgewählten Punkten möchte ich meine Haltung darlegen.

Richtplan: Der Richtplan wurde durch das Kantonsparlament in der letzten Session genehmigt. Die Ängste der Landschaft, dass sie ins Abseits gestellt wird, sind nicht verflogen. Daran ändern auch die zum Teil im Kantonsrat eingeflossenen Bemerkungen nichts. Es bleibt dabei: Auf der Landschaft soll gewohnt werden, die Zentralisierung in Richtung Stadt

hält an. Fakt ist aber, dass durch diese Strategie und die Tatsache, dass wir heute viel längere Arbeitswege in Kauf nehmen, ein markanter Mehrverkehr entsteht. Dieser wird nicht nur in den Städten, sondern vermehrt auch auf der Landschaft zum Problem. Dieser Tatsache müssen wir vorausschauend begegnen und unsere Verkehrskonzepte anpassen.

Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe»: Die Initiative verlangt, dass der Unterricht der zweiten Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe I beginnt. Die Regierung beantragt dem Kantonsrat, die Initiative als ungültig zu erklären, da sie gegen übergeordnetes Recht verstösst (Schulharmonisierungsartikel in der Bundesverfassung). Mit der Wochentafel 2006 wurde im Kanton Luzern die erste Fremdsprache ab der 3. Klasse und die zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse eingeführt. Dazu habe ich eine klare Haltung: Je jünger die Kinder sind, desto einfacher lernen sie Sprachen. Man kann es drehen und wenden wie man will, doch Englisch ist die wichtigste Sprache der Welt. Für zahlreiche Schweizer Unternehmen sind Mitarbeitende mit guten Englischkenntnissen zwingend nötig. Diesem Trend können wir uns nicht entziehen. Wichtig bleibt aber auch die Tatsa-

che, dass wir zumindest zwei unserer Landessprachen verstehen sollten. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir generell an den beiden Fremdsprachen festhalten und die bisher positiven Erfahrungen seit der Umsetzung nicht ausser Acht lassen.

Volksinitiative «Für faire Unternehmenssteuern»: Die Initiative der Linken fordert im Wesentlichen, die auf 2012 vorgenommene Halbierung der Unternehmenssteuer zur Hälfte rückgängig zu machen. Aus meiner Sicht würde das die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Luzern aber deutlich schwächen. Der effektive Steuerertrag (Staats- und Bundessteueranteil) der juristischen Personen betrug in den Jahren 2009 bis 2011 zwischen 123 und 148 Millionen Franken. Im Jahr 2014 liegt er trotz Halbierung der Unternehmenssteuer bereits wieder bei rund 110 Millionen Franken. Auch den Gegenorschlag der Regierung erachte ich nicht als zielführend. Denn dieser richtet sich in der Hauptsache gegen Aktionäre, für die der Standort Luzern damit ebenfalls an Attraktivität verliert. Der Gegenorschlag wird noch im Parlament behandelt und es ist nicht sicher, ob er dem Volk unterbreitet wird. Die CVP will an der im Jahr 2012 eingeleiteten Steuerstrategie festhalten und den erfolgreichen Pfad

nicht verlassen. Das ist auch meine persönliche Haltung.

Budget 2016: Die Verschuldung des Kantons Luzern hat in den letzten Jahren nicht zugenommen und die Abschlüsse waren grossmehrheitlich positiv, soweit schein alles in Ordnung. Der Vorschlag der Regierung zum Budget 2016 weist nun einen Fehlbetrag von rund 20 Millionen Franken aus, und dies auch noch nur dank einigen heiklen, zum Teil konzeptlosen Kürzungen. Längerfristig fehlen gar noch deutlich grössere Summen. Wir haben also tatsächlich ein Einnahmen- und Ausgabenproblem. Sparübungen sind für die Betroffenen immer schwierig. Speziell einem Abbau bei der Sicherheit (Polizeipräsenz) oder einem Abbau in der Bildung, wie der Schliessung der Fachklasse Grafik, kann ich nicht zustimmen. Leider ist aber unser Bildungssystem durch viele Neuerungen sehr teuer geworden. So haben sich beispielsweise die Ausgaben für die Sekundarstufe zwischen 1992 und 2011 verdoppelt. Wir werden Mittel und Wege finden müssen, um unsere Finanzen wirkungs- und massvoll einzusetzen. Dafür werde ich mich im Rat stark machen.

Freuen wir uns auf eine interessante und hoffentlich lösungsorientierte Diskussion zum Budget.

WB 24.10.15